

Sperrfrist 13.11.2010, 12.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort!

Nikolaus Landgraf
DGB-Landesvorsitzender

Rede

DGB-Kundgebung

„Deutschland in Schiefelage
Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit!“

Stuttgart, 13.11.2010

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich begrüße euch in Stuttgart - der neuen
Hauptstadt des Protests.

Wir sind heute über 45.000!

Das reicht für die große Kehrwoche!

Wir wollen einen politischen Kurswechsel.

Wir wollen, dass wieder Politik für die Menschen
gemacht wird - für die Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer, für die Familien, für die
Arbeitslosen und für die Menschen am Rand
unserer Gesellschaft.

Deshalb sage ich: Daumen hoch für soziale
Gerechtigkeit!

Schwarz-Gelb ist jetzt ein Jahr an der Macht. Viel
– und vor allem viel Gutes – ist dabei nicht
herausgekommen.

Erst haben sie sich mit sich selbst beschäftigt und sich dabei wahlweise als „Wildsau“ oder als „Gurkentruppe“ beschimpft. Von Gesundheitsminister Rösler stammt der schöne Satz: "Das ist keine Koalition, sondern manchmal eine schlagende Verbindung“.

Jetzt hat Angela Merkel den Herbst der Entscheidungen ausgerufen.

Wir fassen das als Drohung auf.

Schwarz-Gelb - das wird immer deutlicher - macht sich zum Erfüllungsgehilfen von Arbeitgebern und Besitzenden.

Union und FDP bedienen ihre Klientel und bringen unser Land damit in eine noch größere Schiefelage.

Unser Urteil über die Bilanz nach gut einem Jahr Schwarz-Gelb lautet: Daumen nach unten!

Viele von euch haben sich schon in den vergangenen Wochen in Betrieben und Verwaltungen zahlreich an den Herbstaktionen der acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB beteiligt. Vielen Dank! Das war toll! Seid alle herzlich willkommen!

Mein besonderer Gruß geht an die vielen Kolleginnen und Kollegen von ALSTOM in Mannheim, die heute unter uns sind. Was die Konzernleitung mit euch vorhat, liebe Mannheimer, ist eine Sauerei! Wir alle wünschen euch viel Erfolg beim Kampf um eure Arbeitsplätze!

Und nicht zuletzt gilt mein Gruß allen, die nun schon seit Monaten in Stuttgart und vielen anderen Orten so eindrucksvoll friedlich und kreativ unter dem Motto „Oben bleiben“ für einen

modernisierten Kopfbahnhof und für eine Bahnpolitik mit Köpfchen demonstrieren.

In den Gewerkschaften gibt es – wie in jeder Organisation – Befürworter und Gegner von Stuttgart 21. Wir respektieren das.

Als Dachverband der Gewerkschaften aber unterstützen wir das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 – das wissen viele nicht.

Auch wir wollen, dass unser leistungsfähiger Stuttgarter Kopfbahnhof „oben bleibt“.

Auch wir wollen, dass die Bahn dort baut, wo vordringlicher Bedarf herrscht – und da gibt es im Land eine ganze Menge von Baustellen, die nicht unter die Räder kommen dürfen, weil die Milliarden in Stuttgart verbuddelt werden sollen.

Ob es dazu kommt, muss eine verbindliche Volksbefragung zu Stuttgart 21 entscheiden.

Wir begrüßen die parlamentarische Untersuchung des aus dem Ruder gelaufenen unverhältnismäßigen Polizeieinsatzes am 30. September im Stuttgarter Schlossgarten. So etwas darf sich niemals wiederholen. Es muss geklärt werden, wer dafür die politische Verantwortung trägt!

Und wir sind solidarisch mit allen, die in Ausübung ihres Berufs – ob als mutige Polizisten oder als kritische Lehrer - bei den Auseinandersetzungen Probleme bekommen haben.

Kritik an der Landesregierung muss auch Beamten erlaubt sein. Wir leben nicht mehr in einem Obrigkeitsstaat! Auch Beamte sind Staatsbürger! Es ist gut, wenn sie Zivilcourage zeigen!

Dieses Land ist durch einen Volksentscheid entstanden. Seitdem hat es keinen mehr gegeben! Damit sich das ändert, müssen die viel zu hohen Hürden für Volksentscheide in der Landesverfassung endlich gesenkt werden!

Dass Ministerpräsident Mappus das beharrlich verweigert, muss er selber vertreten. Was die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs von dieser Art von Demokratieverweigerung halten, können sie am 27. März bei der Landtagswahl zeigen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Willi Bleicher, der legendäre Bezirksleiter der IG Metall, hat einmal gesagt: „Du sollst dich nie vor einem lebenden Menschen bücken!“

Ich füge hinzu: auch nicht vor der Macht des Kapitals, auch nicht vor einer Politik, die Klientelinteressen bedient statt sich um den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens zu kümmern, auch nicht vor einer Politik, die auf Durchmarsch und Basta setzt statt auf Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung.

Dieselbe schwarz-gelbe Mentalität herrscht auch in der Frage des **Atomausstiegs**.

Geltende Verträge wurden zusammen mit der Atomwirtschaft in vertraulichen Hinterzimmerverhandlungen mit einem Federstrich außer Kraft gesetzt und dann durch das Parlament gepeitscht.

Es ist ein Skandal, was hier passiert!

Die Lobbyisten der Atomwirtschaft und ihre Freunde in der Politik produzieren neuen Atommüll, dabei wissen sie noch nicht mal, wohin mit dem alten. Man kann ihn ja auch in Russland abladen, wie wir dieser Tage erfahren haben. Da kann der Müll ja vor sich hin strahlen.

Eine solche Politik ist verantwortungslos!

Ministerpräsident Mappus hätte die Atommeiler gerne sogar noch länger am Netz gelassen. Aber den Müll will er nicht in Baden-Württemberg haben. St. Florian lässt grüßen!

Herr Mappus, auch in der Energiepolitik denken die meisten Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ganz anders als Sie!

Wir fordern:
Keine Laufzeitverlängerung! Abschalten!

Auch in der **Gesundheitsreform** macht Schwarz-Gelb Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung.

Gestern wurde es im Bundestag beschlossen: Der Arbeitgeberanteil beim Beitrag wird künftig festgeschrieben – Mehrkosten bleiben allein an den gesetzlich Versicherten hängen. Das wird uns noch teuer zu stehen kommen!

Der 12. November war ein schwarzer Tag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Die seit gut einem Jahrhundert in Deutschland bewährte paritätische Finanzierung wurde zerstört.

Auch die Landesregierung hat diesen Aderlass mitgetragen. Sie ist auch für die Folgen voll haftbar!

Wir wollen, dass unser Gesundheitssystem solidarisch finanziert wird. Wir wollen, dass sich

die Arbeitgeber genauso daran beteiligen wie die
Medizin- und Pharmalobby!

Auch dafür brauchen wir einen Politikwechsel!

Falsche Rezepte werden uns auch in der
Rentenpolitik verschrieben.

Wir brauchen vernünftige Renten, von denen man
leben kann. Was wir gar nicht brauchen, ist die
Rente mit 67!

Die Rente mit 67 bedeutet für diejenigen, die
früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen
– und das ist die große Mehrzahl - eine massive
Rentenkürzung.

Ganz „tolle“ Ratschläge kommen von unserer
famosen Bundesarbeitsministerin Ursula von der
Leyen. Sie sagt:

„Ob Dachdecker oder Bäcker, niemand muss mit
66 noch genau dasselbe machen, was er mit 16
gelernt hat. Wer Berufserfahrung hat, der kann
auch Büroarbeit in seiner Branche übernehmen.“

Wir wissen: Diese Jobs gibt es nicht. Wer so
etwas sagt, der hat von der Arbeitswelt keine
Ahnung!

Wir fordern: Die Rente mit 67 muss jetzt, wenn
die Überprüfung anhand der Beschäftigungslage
Älterer ansteht, gestoppt werden. Alles andere
wäre gesetzeswidrig!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen wir uns nicht von den Lobeshymnen auf
ein angebliches Beschäftigungswunder blenden.
Prekäre Beschäftigung, der Skandal der
boomenden Leiharbeit und Statistiktricks

verstellen den Blick auf die weniger schöne Realität. Statt eines wachsenden Niedriglohnssektors brauchen wir Mindestlöhne als Haltelinie nach unten.

Für unsere Jugend fehlen Ausbildungsplätze und Zukunftsperspektiven. Ich kann das Gejammere der Wirtschaft über den Fachkräftemangel nicht mehr hören. Bilden Sie aus, dann haben Sie die Fachkräfte!

Auch das Bildungswesen erfüllt nicht unsere Erwartung, kein Kind zurückzulassen. Immer noch entscheidet viel zu sehr – gerade in Baden-Württemberg – die Herkunft über den Bildungserfolg. Das ist eine Schande!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachdem wir mit unseren Steuergeldern die Banken gepöppelt haben sollen wir jetzt mit dem Sparpaket auch noch für die Folgen aufkommen.

Eine solche Politik, die die Schwachen drangsaliert, aber die Reichen schont - eine solche Politik ist zutiefst unsozial.

Zu solchen Sparpaketen sagen wir mit den Kolleginnen und Kollegen der IG Metall: Danke, brauchen wir nicht! Annahme verweigert – zurück an Absender!

Ministerpräsident Mappus hat behauptet: Wer das Sparpaket „kaltherzig“ nennt, lügt.

Da muss er in der Eile etwas übersehen haben. Denn wer das Paket auspackt, der sieht: Da sind keine Geschenke drin. Für den Inhalt werden sogar noch Nachgebühren fällig. Auf solche Mogelpackungen verzichten wir gerne!

Angela Merkel benutzt gerne das Bild der schwäbischen Hausfrau, um ihre unsoziale Sparpolitik zu rechtfertigen. Das ist doch eine Beleidigung: Keine schwäbische Hausfrau würde ihr knappes Geld an Hoteliers verschenken und gleichzeitig ihren Kindern das Taschengeld kürzen!

An dem Bild ist noch etwas anderes falsch: Eine schwäbische Hausfrau weiß, dass es mit Sparen allein nicht getan ist. Sie muss auch danach schauen, dass anständig was in die Haushaltskasse kommt.

Passiert ist das Gegenteil: Durch die Folgen der Finanzkrise und durch massive Steuersenkungen wurden die öffentlichen Kassen geplündert.

Die Schuldenbremse wird den Druck auf die öffentlichen Haushalte zukünftig noch verschärfen.

Die Dummen am Ende sind die Kommunen, die mit massiven Einnahmeverlusten zu kämpfen haben.

Baden-Württembergs Finanzminister Stächele redete sogar schon von der Abschaffung oder Verschiebung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz. Das dürfen wir nicht durchgehen lassen!

In den Kommunen geht es um unsere Lebensqualität – und deshalb liegen sie uns am Herzen. Wir verlangen, dass sie finanziell dauerhaft so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können – Kinderbetreuung, Bildung, Kultur und Daseinsvorsorge.

Die Bundesregierung will bis 2014 80 Milliarden einsparen. Dieses Geld könnte man auch bei denen holen, die es sich leisten können:

- durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer – einer Landessteuer
- eine höhere Besteuerung großer Erbschaften
- eine Finanztransaktionssteuer
- einen höheren Spitzensteuersatz
- mehr Steuerprüfungen bei Betrieben
- und nicht zuletzt die Bekämpfung der Steuerflucht. Was sich die Landesregierung hier mit der Weigerung des Ankaufs einer CD mit Daten von Steuerflüchtlings in die Schweiz geleistet hat, ist ein Trauerspiel. Durch Selbstanzeigen konnten die Steuerhinterzieher zu Tausenden der Strafverfolgung entgehen. Damit muss Schluss sein. So billig dürfen sie nicht davon kommen! Steuerflucht muss immer strafbar sein!

Demokratie lebt vor allem von sozialem Zusammenhalt. Wer diesen auflöst, der gefährdet die Demokratie.

Dieses Land ist unser Land. Schwarz-Gelb bringt es zunehmend in eine soziale Schieflage.

Mit einer solchen Politik ist kein Staat zu machen.

Wir fordern einen politischen Kurwechsel, eine Politik für die Menschen, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, eine Politik für sozialen Zusammenhalt!

Eigentum verpflichtet – so steht es in unserem Grundgesetz. Es wird Zeit, diesen Artikel zu entstauben und auf Hochglanz zu polieren!

Ich danke euch für die Aufmerksamkeit!